Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 57. Mittwoch, 8. März 1933, abends. 86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 5/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Reichstagszusammentritt Anfang April

Ermächtigungsgesetz gefordert.

Die amerikanische Krise.

Von einem guten Kenner der amerikanischen Verhältnisse wird uns geschrieben:

Fern von Amerika hat die Bankenkrise wie der Donner eingeschlagen. Man kann diesen Zusammenbruch der amerikanischen Geldwirtschaft nicht verstehen, denkt immer daran, daß doch in den Tresors der amerikanischen Staatsbank sich nicht weniger als 24 Milliarden Gold befinden, daß Amerika fast das Doppelte des französischen Goldschatzes besitzt, der sich auf 13½ Milliarden beläuft und bereits als ungeheuerlich angesehen wird. Amerika und Frankreich besitzen mehr Gold als die übrigen Länder der Erde zusammen, da bei diesen nur für etwa 20 Milliarden gehortet ist. Wie, fragt man sich, ist angesichts solcher Goldreserve eine Bankkrise möglich? Es ist notwendig, hier eine Aufklärung zu geben, um einer falschen Auffassung vorzubeugen und die amerikanische Krise verständlich zu machen.

Man hat so lange amerikanische Vorgänge als vorbildlich gesehen, hat an sämtlichen Börsen der Welt die Newyorker Börse als Maßstab genommen. Nun, da dort die Kurse purzelten, da es in Amerika unsicher wurde, die Börse schloß und die Banken Feiertage machten, haben sich die Börsen der ganzen Welt robust von dem Vorbild Amerika abgewandt, und seltsamerweise geht es in fast allen Ländern wie in Deutschland; die Inlandbörsen liegen ziemlich fest. Man fühlt sich frei von den Vereinigten Staaten. Das Vorbild ist überholt, es hat ausgespielt. Amerika ist nicht mehr Trumpf. Das aber hätte man sich auch schon vorher sagen können, denn kein Land ist so sehr von der Krise mitgenommen wie gerade Amerika. Es hat eine außerordentlich starke Industrie, die auf den Export eingestellt war. Und diese Industrie hat in den letzten Jahren stets mit Verlusten gearbeitet und sich nur aufrecht erhalten können, indem sie außerordentliche Kredite aufnahm. Man weiß nicht, daß die gesamte amerikanische Industrie heute stärker verschuldet ist, wie ein Jahr vor dem Kriege, im Jahre 1913. Die Kredite sind nun zumeist von der Staatsbank gekommen, es waren Stützungskredite. Und sie belasten die Goldreserve, machen also die Goldanhäufung, weil für sie Deckung gesucht werden mußte, zu einem Teil illusorisch. Die Steuern gingen in den Vereinigten Staaten angesichts der schlechten Wirtschaftslage dauernd zurück, die Staatseinnahmen sind erheblich gesunken, während die Aufwendungen gerade zur Aufrechterhaltung der Industrie, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit immer größer wurden. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß die Zahl der amerikanischen Milliardäre und Millionäre erheblich gesunken ist, daß die Millionen verdienenden Generaldirektoren und Trustgewaltigen sich heute mit einem bescheidenen Einkommen abfinden müssen. Die Lage in den Vereinigten Staaten ist geradezu trostlos, trostloser als in Deutschland. Auf die eigentliche Ursache sei später verwiesen. Zunächst ist es erklärlich, wenn die Frage auftaucht, ob der Dollar in Gefahr sei, ob Amerika vielleicht sogar von der Goldwährung abgehen werde. Amerika erklärt, es halte an der Dollarwährung fest. Das kann nur dann geschehen, wenn die gesetzliche Notendeckung wirklich vorhanden ist. In Amerika gibt es schärfere Bestimmungen für die Notendeckung als in anderen Ländern. Dort müssen die Staatsscheine mit 40 Prozent Gold gedeckt sein. Noch läßt sich nicht übersehen, ob diese Deckung, trotz der gehorteten 24 Milliarden vorhanden ist, denn außer dem Dollar laufen da noch erhebliche goldgedeckte Kredite und läuft ziemlich viel Notgeld, das sich ebenfalls zum größten Teil auf den Goldschatz stützt.

Die Preise in Amerika sind bekanntlich so niedrig, daß sie den Weltmarkt unangenehm beeinflußt haben. Und dennoch lebt in ganz Amerika das Abzahlungsgeschäft als eine amerikanische, jetzt in der ganzen Welt, wenn auch nicht in dem Umfange übernommene Einrichtung. Es lebt der Kredit für all und jeden. Man kauft dort und zahlt am Ende des Monats. Ende des Monats erhält der Schlächter, der Bäcker, der Kaufmann von den Kunden den Scheck. Bargeld läuft wenig um. Man arbeitet dort mit den Banken. Selbst der kleinste Angestellte hat sein Bankkonto und sein Scheckbuch. Deshalb bringt der Bankenschluß soviele kleine Existenzen in Gefahr, und deshalb bringt er die Unruhe, die wir in Deutschland zur Zeit der Bankschließungen in dem Umfange nicht kannten. Es hat den Anschein, als ob sich die Krise in Amerika schwerer überwinden läßt, als in England. Aber es scheint doch, daß keine große Gefahr vorhanden ist, wenn auch jetzt bereits wieder Milliarden an Wertpapieren verloren worden sind. Die europäischen Vorgänge wiederholen sich in Amerika. Dort nicht richtig gewertet, wirken sie um so schwerer. Und die amerikanische Eigenart sorgt dafür, daß die ängstlichen Gemüter in der Sorge um ihre kleinen Ersparnisse viel intensiver an der Krise teilnehmen und damit die Krise erschweren.

Die Vorgänge in Amerika werfen nun die Frage auf, ob Amerika jetzt noch in der Lage sein kann, an eine neue Schuldenregulierung zu denken. Verständige Sachwalter meinen, es ginge Amerika besser, wenn es früher und offenbarer die Schuldenregulierung betrieben hätte, da von ihr ein wesentlicher Einfluß auf die Weltwirtschaft, in der Hauptsache also auf die amerikanische Wirtschaft selbst erfolgt wäre. Heute muß freilich Amerika überlegen, ob es Millionen verschenken kann. Wenn es diese Millionen auch zur Stützung der Staatsfinanzen verwenden muß, wenn es sie weniger für die Industrie verwenden kann, so hängt schließlich doch auch in Amerika alles von den Staatsfinanzen ab. Und deshalb haben alle Länder ein Interesse daran, Amerika zu unterstützen, vor allem, um die Goldwährung aufrecht zu erhalten. Es sollen auch in dieser wichtigen Erkenntnis bereits Angebote Frankreichs, der Schweiz, Hollands erfolgt sein, der amerikanischen Staatskasse Kredite zur Währungssicherung zur Verfügung zu stellen.

Hier entscheidet sich jedenfalls die Frage, ob die Weltwirtschaft nicht den letzten Schlag erhält oder sich aus der augenblicklichen Misere erholend, zu einer neuen Blüte gelangt. Man kann die Vorgänge in Amerika nicht ernst genug nehmen. Wenn auch die Staaten, ebenso wie Deutschland, mehr und mehr zur Eigenwirtschaft und zur Selbsthilfe übergehen, so bleiben doch die Querfäden der Weltverbindung. Sie können nicht zerrissen werden, da Waren- und Rohstoffaustausch zu der modernen Wirtschaft gehört.

Der Reichspressechef über die Lage nach der Wahl.

Die nächsten Aufgaben

Reichstag Anfang April — Großzügige Aufklärungsarbeit — Verfassungsänderndes Ermächtigungsgesetz

Reichspressechef Ministerialdirektor Funk sprach Dienstagabend über alle deutschen Sender zur Lage nach der Wahl und führte u. a. folgendes aus:

Das Reichskabinett war Dienstagnachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammengetreten, um zu der Lage nach den Wahlen Stellung zu nehmen. Zunächst erstattete der Kanzler einen Bericht über die durch die Reichstagswahl geschaffene politische Situation. **Der neugewählte Reichstag soll in der Zeit vom 3. bis 8. April zusammentreten.** Die feierliche Eröffnungssitzung wird in der Potsdamer Garnisonkirche stattfinden. Der Raum für die weiteren Sitzungen steht noch nicht fest. Die Gottesdienste für die Abgeordneten am Tage der Reichstagseröffnung werden in der evangelischen Nikolaikirche und in der katholischen Stadtpfarrkirche in Potsdam stattfinden. Reichspräsident von Hindenburg wird am Eröffnungstag am Grabe Friedrichs des Großen einen Kranz niederlegen.

In der Dienstagsitzung des Reichskabinetts hob der Reichskanzler Adolf Hitler hervor, daß nun eine großzügige Propaganda- und Aufklärungsarbeit einsetzen müsse, damit keine politische Lethargie aufkomme und daß diese Volksaufklärung von einer neu zu errichtenden Zentralstelle ausgehen müsse. Ferner betonte der Reichskanzler die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik in Reich und Ländern. Dem Reichstag wird ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt werden, das verfassungsändernden Charakter trägt.

Vizekanzler von Papen sprach dem Herrn Reichskanzler und der nationalsozialistischen Organisation den Dank des Reichskabinetts für die bewundernswerten Leistungen bei der Wahl aus; dasselbe tat Reichsminister Seldte für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

Reichsinnenminister Dr. Frick berichtete in der Kabinettssitzung über die Vorgänge in Hamburg, Bremen, Lübeck und Hessen. Dr. Frick führte aus, daß die Maßnahmen des Reiches erfolgen mußten, weil sonst höchste Gefahr für Ruhe und Sicherheit in diesen Ländern bestand. Die bisherigen Machthaber in diesen Ländern haben keine Resonanz mehr im Volk und die Disziplin der Polizei erscheint gefährdet, wenn das Reich nicht eingreift.

Der Reichspressechef fuhr fort: Das wirtschaftliche Leben in Deutschland nimmt überall seinen gewohnten Fortgang. Das geschäftliche Ergebnis der Leipziger Messe wird durchaus zuversichtlich beurteilt. Aber über eines darf man sich nicht im Zweifel sein: Deutschland erlebt in diesen Tagen in der Tat eine Revolution, eine völlige Revolutionierung des Geistes und des politischen Lebens, die das System der vergangenen vierzehn Jahre zerbricht und einen neuen Staat mit einem neuen Inhalt und neuen Formen entstehen läßt. Diese Revolution findet allerdings in Ruhe und Ordnung und in organischer Entwicklung statt.

Der Reichspressechef stellte fest daß die deutsche Arbeiterschaft sich weitgehend von den zersetzenden, klassenkämpferischen Ideen und wirtschaftlichen Irrlehren des Marxismus ebenso wie von dem kommunistischen Mord- und Brandterror abgekehrt und den aufbauenden Kräften und staatserhaltenden Ideen des Nationalsozialismus zugewandt hat. **Fast vier Millionen sind diesmal mehr zur Urne gegangen als bei der letzten Reichstagswahl. Beide marxistischen Arbeiterparteien, Kommunisten und Sozialdemokraten, haben von diesem Zuwachs nicht nur nichts gewonnen, sondern auch 1,2 Millionen Stimmen verloren. Diese Arbeiterstimmen hat der Nationalsozialismus restlos gewonnen und dazu noch weitere 4,3 Millionen Stimmen, also weit mehr, als der gesamte Zuwachs an Wählern beträgt.** Diesen Einbruch in den Marxismus gibt auch das Zentrum unumwunden zu.

Aber auch das Zentrum hat bei dieser Wahl schlecht abgeschnitten. Aeußerlich sieht es zwar so aus, als ob der vielgenannte Zentrumsturm unversehrt geblieben sei, aber der prozentuale Anteil des Zentrums ist von 11,9 auf 11 Prozent und der der Bayerischen Volkspartei von 3,1 auf 2,7 Prozent gesunken. Die Machtstellung des Zentrums, die es seit Jahrzehnten innegehabt hat, ist jetzt gebrochen, da ohne das Zentrum eine klare Mehrheit der nationalen Front im Reichstag besteht, und indem zweitens die Nationalsozialisten in Süddeutschland einen großen und gewaltigen Sieg errungen haben, indem sie in Bayern, Württemberg und Baden ihre Stimmenzahl zum Teil verdoppeln konnten. In diesen Ländern, in denen jetzt die Nationalsozialisten überall die stärkste Partei geworden sind, werden Regierungsneubildungen die unumgängliche Folge sein. **Die Staatsraison verträgt nicht, daß 16 Länderregierungen und eine Reichsregierung sich andauernd politisch gegenseitig heruntersetzen.**

Die Reichsregierung, schloß der Reichspressechef, ist schon wieder mitten in der Aufbauarbeit. Schon in den nächsten Tagen werden weitere Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft und zur Beschaffung von Arbeit und Brot für die Arbeitslosen und Armen ergriffen werden. **Das deutsche Volk hat durch die Wahl von 5. März der Reichsregierung sein Vertrauen ausgesprochen. Gestützt auf dieses Vertrauen und auf die gewährte Frist von vier Jahren kann die Regierung jetzt an das große schwere Werk des Wiederaufstiegs von Staat und Wirtschaft gehen.**

Besprechungen des Reichskanzlers mit dem sächsischen Ministerpräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Die bereits gestern angekündigten **Besprechungen des Reichskanzlers Adolf Hitler mit dem sächsischen Ministerpräsidenten** haben heute mittag stattgefunden.

Belohnung für Polizeibeamte im Kampf gegen kommunistische Zersetzungsarbeit.

Berlin. (Funkspruch.) Der Kommissar des Reiches für das preußische Innenministerium, **Reichsminister Goering**, führt in einem **Runderlaß an alle Polizeibehörden** aus, daß Erfolge einzelner Polizeibeamter und kraftvoll durchgeführte Maßnahmen einzelner Polizeibehörden **gezeigt hätten, was bei voller Hingabe und Anspannung aller Kräfte zur Bekämpfung illegaler kommunistischer Zersetzungsarbeit erreicht werden könne.**

„Es kommt in nächster Zeit darauf an", so heißt es in dem Runderlaß, **„bewußt die stellenweise noch vorhandene Lauheit zu beseitigen.** Vor allem muß selbständiger Entschluß, Umsicht und Zähigkeit des einzelnen Polizeibeamten bei der Verfolgung von Spuren bis zur Aufklärung die verdiente Anerkennung finden. Diese soll sich nicht nur in der öffentlichen Belobigung in Tagesbefehlen und Nachrichtenblättern und Aufnahme in die Personalakten erschöpfen. **In geeigneten Fällen sind dienstfreie Tage außer der Reihe, Sonderurlaub, Geldbelohnungen, bevorzugte Einberufung zu Beförderungslehrgängen** und in **besonderen Fällen**, z. B. wenn eine erhebliche Lebensgefahr vorlag, **auch Beförderungen außer der Reihe**, die ich mir im einzelnen Falle vorbehalte, angebracht."

Von **Gemeindepolizeiverwaltungen** erwartet, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter erfährt, Reichsminister Goering **in ähnlicher Weise eine zielbewußte Förderung dieses Abwehrkampfes.**

SLUB
Wir führen Wissen.